

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK ARTIKELFOLGE Amerika vor der Wahl

Ich bin o. k., wir sind o. k.

AMERIKA VOR DER WAHL Amerika hat weniger Sorgen denn je. Pech für Wahlkämpfer. Sie können nicht mehr viel versprechen /

Josef Joffe

Ein Besserwisser der eine, eher unbeholfen der andere - schwer zu sagen, wem die Wähler am kommenden Dienstag zur Mehrheit verhelfen werden. Es gibt auch kein großes Thema, das sie an die Urnen treibt.

Ein glückliches Land, das sich Kandidaten halten kann wie George Bush und Albert Gore. Der Vizepräsident mag der Intelligentere sein, auf jeden Fall ist er der Belesenere. Doch macht der IQ allein aus einem Politiker noch keinen An- oder Verführer; dann wäre der schlaue Nuklearingenieur Jimmy Carter ein großer und der scheinbar so schlichte Exschauspieler Ronald Reagan ein kleiner Präsident gewesen. Der Harvard-Absolvent Gore, der alles (und besser) weiß, erinnert zu viele Amerikaner an den Klassenbesten, der immer die Hand hob und nie abschreiben ließ; solche Typen sind beneidens-, aber nicht liebenswert. Außerdem biegt sich Gore die Wahrheit ebenso oft zurecht wie seine Person: der Mann mit zu vielen Eigenschaften.

George Bush? Der weckt mehr Sympathie und Vertrauen - das bescheinigt ihm jede Umfrage. Und: So blöd, wie seine Gegner ihn malen, kann er nicht sein; sonst wäre er nicht ebenfalls in Harvard (und davor in Yale) gelandet - zu einer Zeit, als Papi und Privatschule längst keinen Freifahrtschein mehr in die Ivy League ausstellen konnten. Aber Harvard hin, Yale her - der Mann stolpert zu oft über mehrsilbige Wörter; Geschichte und

Geografie waren offenbar nicht seine besten Fächer. Und Logopäden hätten ihre Freude an ihm.

Der eine nervt, der andere haspelt. Kandidaten fürs Dream-Team sind sie beide nicht, obwohl diese Söhne berühmter Politiker schon in jungen Jahren auf die dynastische Rolle getrimmt wurden. Ihre Mankos mögen erklären, warum sich die Umfragen seit Wochen so verhalten wie das Wetter an der Küste von Neuengland: Wer's nicht mag, muss bloß 20 Minuten warten. Das Wahlvolk ist so wankelmütig, weil es sich nicht entscheiden kann, welches der beiden Räder freundlicher quietscht.

Doch mag das Wippen der Wählergunst - jetzt ist wieder Bush vorn - noch eine tiefere Ursache haben: Dem Land geht es so gut wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Mithin dräuen keine Schicksalsentscheidungen, herrscht kein dringender Handlungsbedarf. Zudem, das trifft auch für Deutschland zu, ist Politik langweiliger geworden, weil die Gesellschaft lernt, für sich selbst zu sorgen. Und schließlich: Wird Wahlkampf als media event inszeniert, verhält sich auch der Wähler TV-gemäß. Er sucht Unterhaltung, nicht Erkenntnis oder Entscheidungshilfe. Worum geht es in Amerika 2000? Einen hübschen Hinweis auf die heitere Wetterlage liefern die Debatten der Rivalen: Die streiten sich seit Wochen vorweg darüber, wie denn die fette Beute der Haushaltsüberschüsse zu

verteilen sei.

Ein Plus in der Staatskasse: Solch segensreiche Wende in den öffentlichen Finanzen hat das westliche Herz seit vier Jahrzehnten nicht mehr erfreut. In diesem Jahr erwartet Washington einen Reingewinn von 200 Milliarden Dollar. Für die nächsten zehn Jahre rechnet das Congressional Budget Office mit insgesamt 4,5 Billionen; das ist eine 4,5 mit 11 Nullen. Gore will mit dem Gewinn hauptsächlich die Bundesschulden von über drei Billionen abschmelzen, Bush will dies gemächlicher tun und dafür dem Kunden - dem Souverän - höhere Preisnachlässe, sprich: Steuersenkungen, gewähren. Der Spitzensatz soll von knapp 40 auf 33 Prozent fallen, der Einstiegssatz für die Ärmern von 15 auf 10. Derlei Gelübde werden sie kaum einhalten, wächst doch stets der Appetit der Herrschenden auf das Geld der Regierten, egal welcher Couleur. Doch glücklich ein Land, das sich über elf schwarze Nullen streiten darf.

Bill Clinton hinterlässt seinem Erben einen wohl geordneten Hof - wirtschaftlich, sozial, außenpolitisch. Die 22 Millionen neuer Jobs sind bekannt, dito die 116 Monate des scheinbar immer währenden Aufschwungs, der schon unter Bush Senior begann und dem Land Wachstumsraten von 5 Prozent beschert hat. Die Arbeitslosigkeit? Eine Quote von unter 4 Prozent, von der die EU nicht einmal träumen kann. Doch das wahre Wunder an diesem Jobwunder ist

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

der Fast-Abgang eines üblichen Verdächtigen: der Inflation. Dieser Schurke, der sonst als Zwilling des rasanten Wachstums auftaucht, ist von 6 Prozent 1991 auf knapp 3 Prozent zusammengeschrumpft (wiewohl mit leicht steigender Tendenz).

Mithin: Der amerikanische Guru der "Neuen Mitte", Jeremy Rifkin, hat an den Realitäten der amerikanischen Wirtschaft vorbeigeweissagt. Kühn hatte er in *The End of Work* (1995) prophezeit, dass der Industriewelt die Arbeit ausgehen werde. Wie üblich bei solchen Kassandrarufern blieb das Datum vage - irgendwann im kommenden Jahrhundert. Vorläufig aber sinkt die Arbeitslosigkeit, jedenfalls in Amerika: auf präzise 3,9 Prozent, was man getrost "Vollbeschäftigung" nennen darf.

McJobs? Neun Dollar Lohn für Neueinsteiger - nicht schlecht

Europäer, die mit einer doppelstelligen Quote leben müssen, tun dies gern als "McJobs-Wunder" ab, so als wenn das Heer der Vollbeschäftigten für Almosen Hamburger braten würde. Tatsächlich aber wirbt McDonald's etwa in Boston mit neun Dollar Einstiegslohn um neue Angestellte. Und tatsächlich haben gerade die Schlechtestbezahlten am stärksten von dem Boom profitiert. Im vergangenen Jahrviert haben sie einen Reallohnzuwachs von knapp 10 Prozent eingefahren. McJobs? Schon 1996 notierte ein Bericht des US-Arbeitsministeriums: "Zwei Drittel (68 Prozent) des Nettowachstums erfolgte in Sektoren und Berufen mit überdurchschnittlicher Entlohnung."

Wenn Marx Recht hat, dass der (ökonomische) "Unterbau" entscheidend sei, dann erklärt das

US-Wirtschaftswunder (wiewohl gekoppelt mit einem überbordenden Leistungsbilanzdefizit), warum so viele Pathologien der Gesellschaft verblissen. Nehmen wir das Verbrechen, das blutige Gespenst der achtziger Jahre. Der Trend zeigt seit Jahren kräftig nach unten. Im Vorjahr, so das FBI, fiel die Mordrate auf den tiefsten Stand seit 1966. Ebenfalls 1999 sank die Zahl schwerer Verbrechen um 7 Prozent; gegenüber dem Anfang des Jahrzehnts wird ein Minus von 20 Prozent gemessen.

Warum? Die Konservativen sagen: weil die Regierung Geld für 70 000 mehr Polizisten bewilligt hat, weil eine drakonisch verschärfte Rechtsprechung die Zahl der potenziellen Übeltäter durch Einkerkerung gedrückt hat. Heute stecken etwa doppelt so viele Amerikaner im Knast wie in den späten achtziger Jahren. Progressiver gestimmte Menschen würden die berühmte Clinton-Devise im Wahlkampf 1996 anführen: "It's the economy, stupid."

Nehmen wir East Palo Alto, die Stadt, die - durch den Highway 101 getrennt - an einen der reichsten Bezirke Amerikas angrenzt: Palo Alto, das Herz von Silicon Valley. Anfang der Neunziger war das eine no-go-Zone für die Polizei, ein Hort von Crackdealern, Junkies und Einbrechern. Die Kids (aller Hautfarben) durften in der Stanford-Universität nebenan schon mal üben, indem sie die Fahrräder der Studenten abräumten. Heute machen sich in East Palo Alto die IT-Yuppies breit auf der Flucht vor mörderischen Mieten entlang Encina Road weiter westlich. Warum? In East Palo Alto lässt es sich wieder leben. Ein Grund dafür mögen die massiven Polizeieinsätze in jüngerer Zeit gewesen sein, ein zweiter war der endlose Boom.

Wer als Halbwüchsiger für neun Dollar einen bescheidenen, aber lebensverlängernden Job bei McDonald's annehmen (und dort zum Manager aufsteigen) kann, wird es sich zumindest überlegen, ob er als drug runner ein reicheres, aber sehr viel kürzeres Leben führen will. Eine statistische Wasserscheide wurde schon 1994 in Queens, einem Bezirk von New York, gemessen. Dort überstieg in diesem Jahr das Durchschnittseinkommen von schwarzen Familien zum ersten Mal das der weißen. Gewiss, deren Einkünfte hinken insgesamt noch immer hinterher. Nur, so schreibt der Soziologe Steven Holmest: Mitte der Neunziger ist die Armutsrate schwarzer Haushalte "zum ersten Mal in der Geschichte auf unter 30 Prozent gesunken".

Der Anteil der Sozialhilfeempfänger hat sich seit 1990 fast halbiert. Wegen der Reform von 1996, die auf workfare statt welfare setzte, also auf mehr Zwang und weniger Stütze? Nicht ganz. Die Kurve begann bereits 1993 abzuknicken; sie korreliert sehr hübsch mit dem Boom und dem Absacken der Arbeitslosigkeit.

Wenn also die Mächtigererben des Bill Clinton heute etwas verlassen in der politischen Landschaft herumstehen, dann ist just dieser Bill im Glück daran schuld. "America the O.K." hat Greg Easterbrook dessen Hinterlassenschaft in der New Republic genannt. Hätte sich Clinton nicht die "Affäre Monica" um den Hals gehängt, würde er heute schon als great president in die Geschichte eingehen. Selbst durch das Minenfeld der Außenpolitik hat er die letzte verbleibende Supermacht ohne nennenswerte Blessuren geführt. Fast vergessen

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

ist das somalische Abenteuer mit 18 Toten, dito die Pseudointervention in Haiti, die dem Land weder Demokratie noch Stabilität geschenkt hat. Das größere Bild jedenfalls bleibt frei von wirklich demütigenden Niederlagen.

Die Basis bestimmt den Überbau? Sei froh, Amerika

Clinton hat es geschafft, die Eingliederung Russlands, die schon Bush Senior angepackt hatte, mit ruhiger Hand voranzubringen. Er hat Boris Jelzin bei Laune gehalten und bislang auch Wladimir Putin. Die Clintonisten haben sich nur einmal mit den Chinesen ernsthaft angelegt - als die Taiwan 1996 mit Raketen einzuschüchtern versuchten. Die Pazifikflotte wurde zur Abschreckung zwischen Insel und Festland geschoben, dies aber im ständigen Krisenkontakt mit den Herren von Peking. Zugleich gab's regelmäßig Zuckerzeug wie etwa den von Amerika forcierten Eintritt in die Welthandelsorganisation WTO. Fazit: Der ruhelose Gigant bleibt der letzten Supermacht halbwegs gewogen, auch wenn diese im Kosovo-Krieg die chinesische Botschaft in Belgrad bombardiert hat. (Ein Versehen, beteuerte Washington; womöglich aber war es eine Warnung an Peking, die nachrichtendienstliche Hilfe für Milosevic nicht zu übertreiben.)

Europa? Politik und Publikum sind hier kaum amerikafreundlicher geworden; unvergessen bleibt das Wörtchen von der hyper-puissance, der "Übermacht", das der französische Außenminister Védrine in Umlauf gebracht hat. Dennoch: Sowohl im Bosnien- als auch im Kosovo-Krieg haben sich die Europäer der amerikanischen Führung unterworfen. Der Krach um Bananen, Hormonfleisch und Irak-Sanktionen schwelt weiter, aber

warum sollte er eskalieren in einer Welt, in der DaimlerChrysler und nicht die balance of power den Ton angibt?

Schlechte Zensuren? Die gibt es in der Tat - alle im Nahen Osten. Washington ist es nicht gelungen, Saddam dauerhaft einzuzäunen. Außenministerin Albright hatte 1998, als das Kontrollregime der UN-Inspektoren endgültig zusammenbrach, noch schwadroniert: "We have him in a box" - er bleibt eingekreist und eingesperrt. Falsch. Paris und Moskau unterlaufen das Embargo; an biologischen Massenvernichtungswaffen kann Saddam dank anschwellender Ölpreise ungestört weiterbasteln.

Israelis und Palästinenser: Im Sommer sollte der Friedensschluss in Camp David Bill Clinton den Weg in die Geschichte planieren. Jassir Arafat hat ihm diesen Gefallen nicht getan. Er hat Ehud Baraks beispiellose Konzessionen beiseite gewischt und versucht jetzt mit Gewalt das Maximum zu erzwingen, das er am Verhandlungstisch nicht erringen konnte. Clinton wird nun darüber nachsinnen, wann man als erfolgreicher Vermittler antreten darf: erst, wenn sich die Gegner im Prinzip schon geeinigt haben - wie weiland Briten und Russen vor dem Kongress von Berlin, als Bismarck den "ehrlichen Makler" gab.

Das ist die bittere Erbschaft, die Bill Clintons America the O.K. den beiden Aspiranten hinterlässt. Also kommt es nicht von ungefähr, dass Bush und Gore gerade in der letzten Phase einen Streit über die Außenpolitik angezettelt haben, dabei wie im Menuett mit vertauschten Positionen. Die klassische Haltung der Demokraten war seit Vietnam eine isolationistische: nie mehr in den

Sumpf kriegerischer Verwicklungen. Nun aber gibt Gore den Interventionisten. Er will Gewalt gegen menschenwindende Regime wie das von Milosevic einsetzen; er will Wirtschaftsmacht zum Behufe demokratischer Entwicklung ausspielen; er will Handelsabkommen als Waffe gegen umweltverachtende Produktion nutzen. Und Bush, dessen Vater immerhin 600 000 Mann gegen Saddam aufgeboden hat? Der will die GIs aus dem Balkan abziehen und fügt züchtig hinzu: "Es könnte Momente geben, in denen wir die Truppe für peacekeeping einsetzen, aber nicht sehr oft." Hören wir noch einmal genauer hin. Was sei Amerikas propere Rolle in der Welt? Austeiler Gore antwortet plötzlich ganz knapp: "strategische Bescheidenheit". Und Selbstzügler Bush? "Wenn wir als arrogante Nation auftreten, werden die anderen uns das übel nehmen. Sind wir aber bescheiden, werden sie uns willkommen heißen." Wer ist nun der Interventionist, wer der Isolationist?

Schenkt man der Rhetorik Glauben, dann offerieren die beiden zumindest in der Innenpolitik schärfere Alternativen als ihre Vorgänger 1996, 1992 oder 1988. Gore will mehr, Bush weniger Staat. Dieser will mehr Geld in die Taschen des Bürgers fließen lassen, jener durch die Hand des Staates. Im Kulturkampf steht Gore für liberale, Bush für restriktivere Abtreibungsgesetze. Gore will schärfere Kontrollen für Waffenkäufer, der Texaner agiert da laxer. Gore will ein Antiraketensystem, das sich nur gegen states of concern (die ehemaligen "Schurkenstaaten") wendet, Bush will ein weit gespanntes Netz.

Jedenfalls reden sie so. Und wer die

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

ganze Liste abarbeitet, registriert
wahrlich krasse Unterschiede.
Warum kann sich das Wahlvolk also
nicht recht entscheiden, warum das
Auf und Ab der Umfragen bis in die
letzte Woche vor dem 7. November,
als Bush wieder obenauf lag?

Es gibt, wie immer, drei Antworten.

Das Volk langweilt sich. Oder: Es
geht ihm glänzend, also glaubt es
nicht mehr an das Schicksalhafte in
der Politik. Schließlich: Ob Bush
oder Gore, ob ein Rechter oder
Linker, ein jeder wäre bloß der
oberste Angestellte der Republik,
und der Boss sind wir. Spätestens
2002, wenn der neue Kongress

gewählt wird.

Al Gore ist Clintons Vize. Muss man
ihn deshalb wählen? George W.
Bush ist der Sohn eines
Expräsidenten. Muss man ihn
deshalb wählen? /